

Ruhrwirtschaft

114. Konjunkturbericht | Jahresbeginn 2025

Stagnation und Stimmungstief

Konjunkturklima

Die bundesweite Wirtschaftskrise hält auch im Ruhrgebiet weiterhin an: Fachkräftemangel, schwache Inlandsnachfrage, hohe Energie- und Rohstoffpreise sowie schlechte wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

belasten die Unternehmen zunehmend. Zu diesen Ergebnissen kommt der 114. Ruhrlagebericht. An der Umfrage der Ruhr-IHKs haben rund 780 Unternehmen mit über 92.000 Beschäftigten teilgenommen.

Konjunkturklima



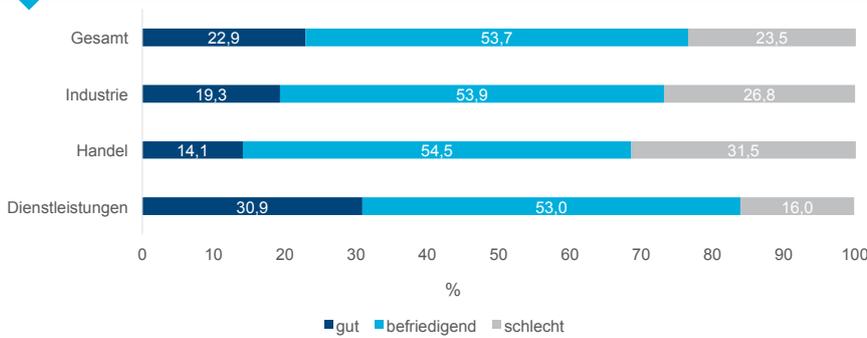
Im Vergleich zum Vorjahr ist der IHK-Konjunkturklimaindex gesunken und liegt bei 92,7 Punkten (Jahresbeginn 2024: 94 Punkte). Damit liegt er sechs Punkte unter dem Fünf-Jahres-Schnitt. Blickt man auf den langjährigen Durchschnittswert, beträgt die Differenz sogar minus 17 Punkte. Schlechter war der IHK-Konjunkturklimaindex bisher nur im Herbst 2022 mit 77 Punkten. Hauptgrund für dieses Tief war die Energiekrise und somit ein externer Schock, der zahlreiche Unternehmen vor massive Herausforderungen gestellt hatte.

Geschäftslage

Die Wirtschaftslage im Ruhrgebiet wird von knapp 23 Prozent als gut eingestuft (Jahresbeginn 2024: 26 Prozent). Gleichzeitig

ist die Anzahl der Unternehmen, welche die Lage als schlecht einschätzen, im Vergleich zum Vorjahr um vier Punkte gestiegen und liegt bei 24 Prozent. Mehr als die Hälfte der Unternehmen bewertet die Geschäftslage als befriedigend.

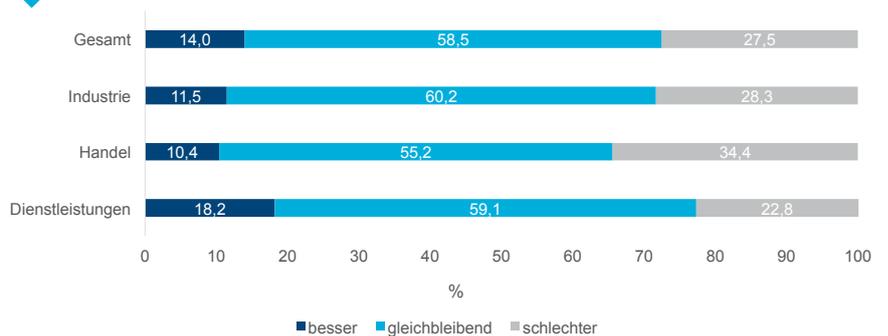
Geschäftslage nach Wirtschaftsbereichen



Geschäftserwartungen

Beim Blick auf die Geschäftserwartungen zeigen sich im Vergleich zum Vorjahr leichte positive Tendenzen. 28 Prozent aller Betriebe sehen pessimistisch in die Zukunft und damit drei Prozent weniger als noch zum Jahresbeginn 2024 (31 Prozent). Über die Hälfte (59 Prozent) aller Unternehmen rechnet mit einer stabilen Geschäftsentwicklung.

Geschäftserwartungen nach Wirtschaftsbereichen

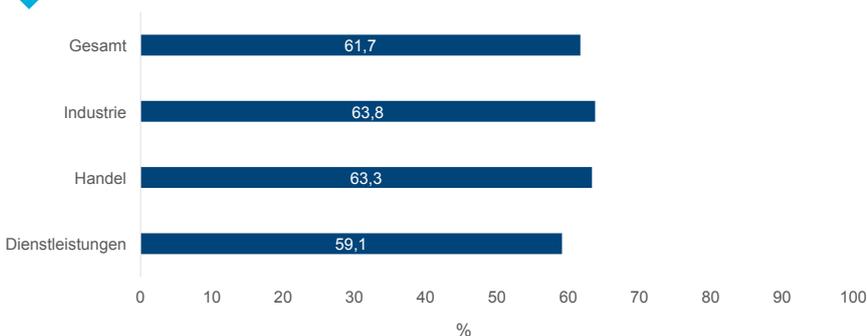


Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung

Die Unternehmen im Ruhrgebiet bewerten die Risiken für ihre wirtschaftliche Entwicklung unterschiedlich. Mehr als die Hälfte aller Betriebe nennen in diesem Zusammenhang die Energie- und Rohstoffpreise, wirtschafts-

politische Rahmenbedingungen, Fachkräftemangel, Arbeitskosten sowie die Inlandsnachfrage. Im Vergleich zum Vorjahr fällt auf, dass die Unternehmen die Preise für Rohstoffe und Energie als weniger riskant einstufen. Der Wert sinkt von 61 auf 53 Prozent. Eine ähnliche Tendenz verzeichnet die Bewertung des Fachkräftemangels als Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung (Jahresbeginn 2024: 59 Prozent / Jahresbeginn 2025: 52 Prozent). Finanzierungssorgen nehmen ebenfalls ab: Diese liegen bei zehn Prozent und damit um fünf Punkte niedriger als im Vorjahr.

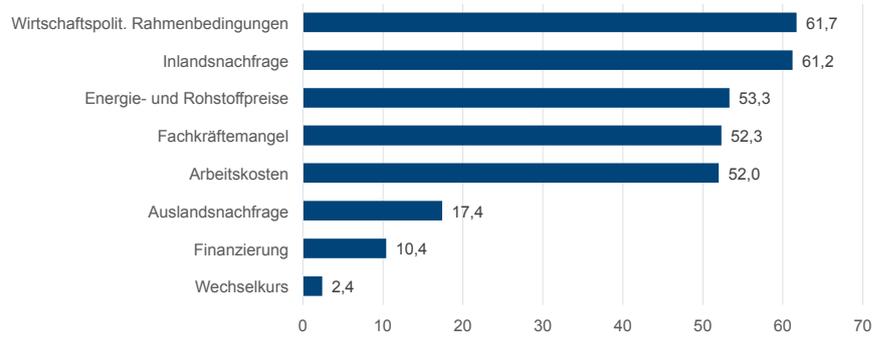
Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen als Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung



Als größtes Risiko nennen die Betriebe die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. 62 Prozent der befragten Unternehmen sehen hier einen Unsicherheitsfaktor für ihre wirtschaftliche Entwicklung. Dazu zählen fehlende Planbarkeit, politischer Stillstand,

mangelnde Stabilität sowie unklare Rahmenbedingungen. Im Vergleich zum Vorjahr steigt der Wert in allen drei Wirtschaftsbereichen an, am deutlichsten im Dienstleistungssektor (plus fünf Prozentpunkte). Diese Tendenz passt zur bundesweiten Unzufriedenheit mit den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die von zahlreichen Betrieben bekundet wird. Als Risikofaktor mit nahezu ähnlich hohem Niveau wird die Inlandsnachfrage genannt. Nachdem der Wert zum Jahresbeginn 2024 noch bei 56 Prozent lag, steht er nun bei 61 Prozent und hat demnach einen Anstieg um fünf Punkte erfahren.

Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung

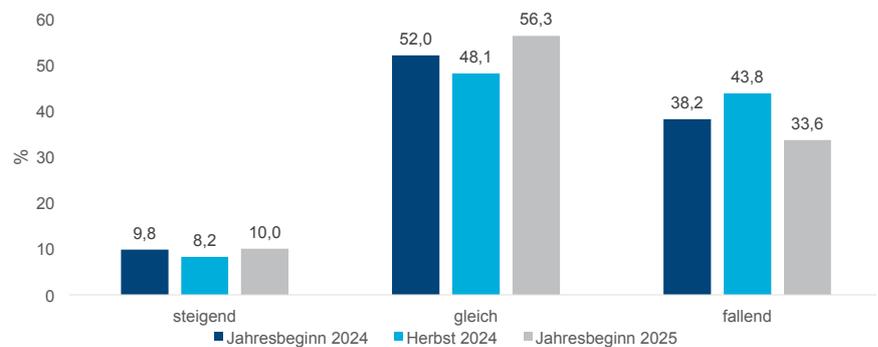


Industrie

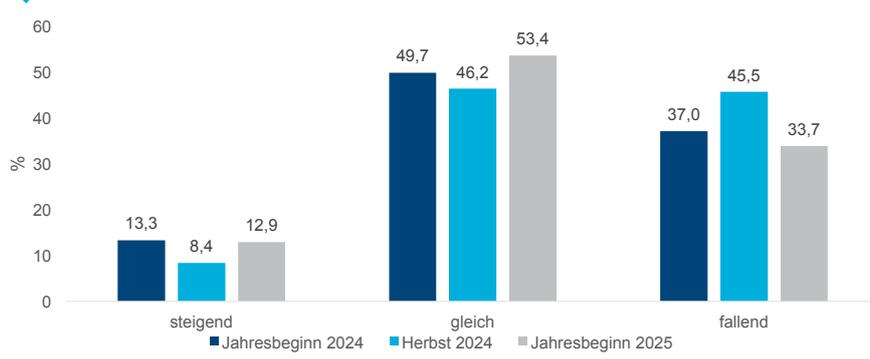
Besonders der Industriesektor stuft die Geschäftslage deutlich negativer ein als vor einem Jahr. So ordnen 19 Prozent der Unternehmen die aktuelle Situation als gut ein. Im vergangenen Jahr lag dieser Wert noch bei 29 Prozent. Hinzu kommt, dass 27 Prozent eine schlechte Beurteilung der Geschäftslage treffen, was einem Plus von vier Prozentpunkten im Vorjahresvergleich entspricht. Mehr als die Hälfte der Betriebe gibt eine stabile Geschäftslage an. Beim Blick auf die Aussichten ergibt sich eine gemischte Erwartungshaltung. Der Anteil von Unternehmen, die mit positiven Wirtschaftsentwicklungen rechnen, sinkt: lediglich zwölf Prozent und damit gut vier Punkte weniger als im Vorjahr. Von stabilen Geschäftserwartungen gehen 60 Prozent aus (Jahresbeginn 2024: 51 Prozent). Von allen drei Sektoren ist die Industrie am unzufriedensten mit den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen: 64 Prozent sehen hier ein Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung ihres Unternehmens. Überboten wird dieser Wert lediglich von zu hohen Energie- und Rohstoffpreisen (68 Prozent-

punkte) und schwacher Inlandsnachfrage (66 Prozentpunkte). Das Finanzierungsrisiko wird im Vorjahresvergleich mit acht Prozent deutlich weniger bedrohlich bewertet. Ebenfalls rückläufig ist die Tendenz des Fachkräftemangels als wirtschaftliches Risiko. Über die Hälfte der Industrieunternehmen geht von stabilen Auftragseingängen sowohl im In- als auch im Ausland aus. Ein Drittel rechnet mit rückläufigen Auftragslagen.

Auftragseingänge - Inland



Auftragseingänge - Ausland



So bewertet die Industrie die Exporterwartungen

34%

der Handelsunternehmen
blicken pessimistisch in
die Zukunft

64%

der Industrie sind unzu-
frieden mit den politischen
Rahmenbedingungen

Handel

Wie bereits im Vorjahr ist die Stimmung der Handelsunternehmen im Branchenvergleich am schlechtesten. Nur 14 Prozent sind mit der aktuellen Geschäftslage zufrieden. Knapp ein Drittel der Betriebe bewertet die wirtschaftliche Lage als schlecht und damit sechs Prozentpunkte mehr als im Frühjahr 2024. Ähnlich ist die Tendenz bei den Geschäftserwartungen im Handel: Nur jedes zehnte Unternehmen ist optimistisch.

Mehr als die Hälfte der Handelsbetriebe rechnet mit stabilen Geschäften. Die Unzufriedenheit mit den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen steigt weiterhin an und liegt bei 63 Prozent. Lediglich das Risiko einer schwachen Inlandsnachfrage wird mit 67 Prozent höher bewertet. Sowohl im Einzel- als auch im Großhandel berichtet ein Drittel der Unternehmen von schlechten Geschäften.

Dienstleistungen

Im Branchenvergleich steht die Dienstleistungsbranche, was Lage und Erwartungen angeht, am besten da. 18 Prozent erwarten eine bessere Wirtschaftslage und mehr als 30 Prozent der Unternehmen stellen eine gute Geschäftslage fest. Fast 60 Prozent des Dienstleistungssektors sieht konstante Verhältnisse. Im Vorjahresvergleich steigt auch in dieser Branche die Unzufriedenheit mit den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen: Mit 59 Prozent ist dies gleichzeitig das größte Risiko für die ökonomische Entwicklung der Betriebe. Hinzu kommen Fachkräftemangel, Inlandsnachfrage sowie Arbeitskosten. Während über die Hälfte der Versicherungsbranche von guten Geschäften und erhöhten Umsätzen berichtet, ist die Stimmung im

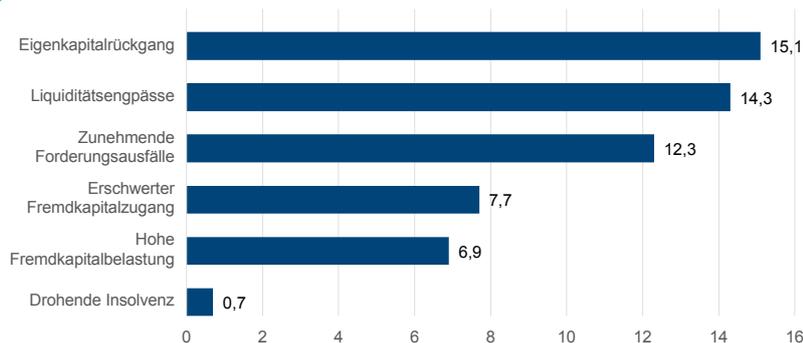
Gastgewerbe sowie bei den Verkehrs- und Logistikunternehmen vorwiegend negativ. 39 Prozent der Gastronomie blicken pessimistisch in die Zukunft und sind unzufrieden mit der aktuellen Geschäftslage. Für die Betriebe sind vor allem Energie- und Rohstoffpreise (82 Prozent), Arbeitskosten (67 Prozent) und Fachkräftemangel (59 Prozent) sehr hohe Risiken für deren wirtschaftliche Entwicklung. Im Verkehrs- und Logistiksektor rechnen 43 Prozent mit Umsatzrückgängen. Fast 40 Prozent der Unternehmen prognostizieren eine schlechtere Geschäftslage. Besonders problematisch sehen die Befragten die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, Energie- und Rohstoffpreise, Arbeitskosten und Fachkräftemangel.

Finanzlage

Die Finanzlage der Unternehmen und Betriebe hat sich im Vorjahresvergleich stabilisiert. So berichten beispielsweise 14 Prozent der Befragten von Liquiditätsengpässen. Rund zwölf Prozent geben zunehmende Forderungsausfälle an. Die Gefahr einer

drohenden Insolvenz ist im vergangenen Jahr rückläufig und wird von weniger als einem Prozent der Unternehmen angegeben. Die Zahl der Eigenkapitalrückgänge ist seit dem Jahresbeginn 2024 unverändert (15 Prozentpunkte). Ein leichter Anstieg um einen Prozentpunkt zeigt sich bei hohen Fremdkapitalbelastungen. Insgesamt bewerten 72 Prozent ihre aktuelle Finanzlage als unproblematisch.

Aktuelle Finanzlage

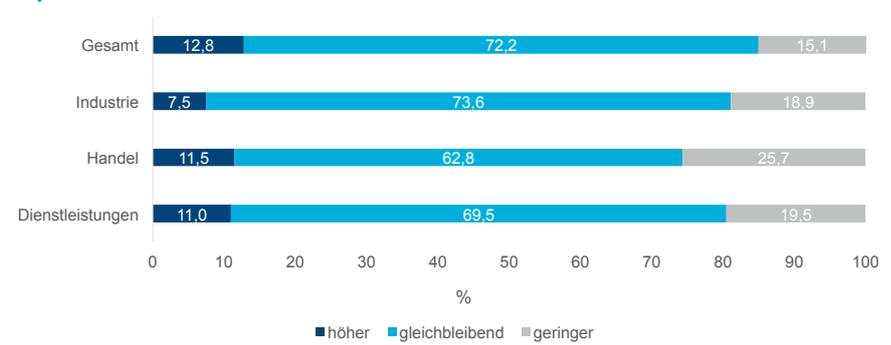


Beim Vergleich der drei einzelnen Sektoren verzeichnen Großteile aus Industrie (75 Prozent) und Dienstleistung (74 Prozent) keine finanziellen Schwierigkeiten. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Werte gestiegen. Anders verläuft die Entwicklung im Handel: Gaben zum Jahresbeginn 2024 noch 70 Prozent der Unternehmen eine unproblematische Finanzlage ab, sind es aktuell noch 64 Prozent.

Zukünftige Beschäftigungsabsichten

Die Mehrzahl der Betriebe plant in diesem Jahr keine personellen Veränderungen. Mit rund 70 Prozentpunkten hat sich dieser Wert in den vergangenen zwölf Monaten um sechs Punkte erhöht. Branchenübergreifend ist diese steigende Tendenz ebenfalls auffällig. Gleichzeitig ist die Zahl der Unternehmen, die ihr Personal ausbauen wollen, um fünf Prozentpunkte gesunken. Hier weisen alle Branchen Rückgänge aus, vor allem der Dienstleistungssektor. Gesamtwirtschaftlich plant jeder fünfte Betrieb, Stellen abzubauen oder nicht neu zu besetzen. Dies entspricht dem Vorjahresni-

Zukünftige Beschäftigungsabsichten



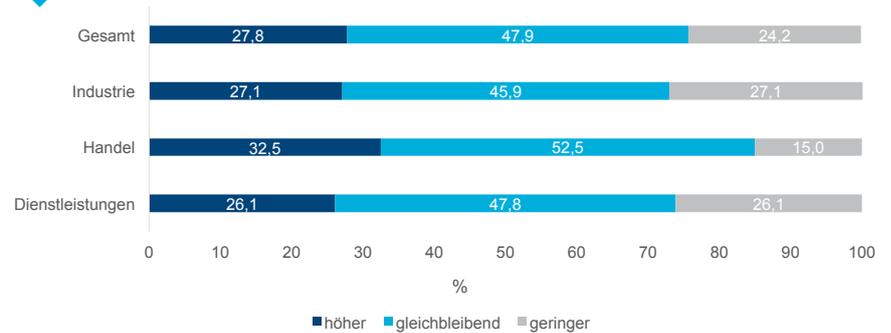
veau. Im Industriesektor rechnet ein Viertel der Unternehmen mit Stellenabbau.

Investitionen im Ausland

Ein besonderes Augenmerk lag bei dieser Konjunkturumfrage auf dem Thema Auslandsinvestitionen. Regelmäßig zum Jahresbeginn werden die Unternehmen im Ruhrgebiet zu ihren Investitionsvorhaben im Ausland befragt. Insgesamt 26 Prozent der befragten Unternehmen planen Auslandsinvestitionen. Von diesen auslandsaktiven Betrieben wollen 28 Prozent, und damit zwei Prozentpunkte weniger als im Vorjahr, ihre Auslandsinvestitionen ausweiten. Knapp ein Viertel geht von geringeren Auslandsinvestitionen aus.

Die Entwicklungen der einzelnen Branchen weisen zum Teil deutliche Veränderungen im Vorjahresvergleich auf. Im Handel rechnet ein Drittel der Unternehmen mit höheren Auslandsinvestitionen und somit 14 Prozent mehr als zum Jahresbeginn 2024. Mehr als die Hälfte erwartet stabile Investitionen. Die Dienstleistungsbranche blickt verhaltener in

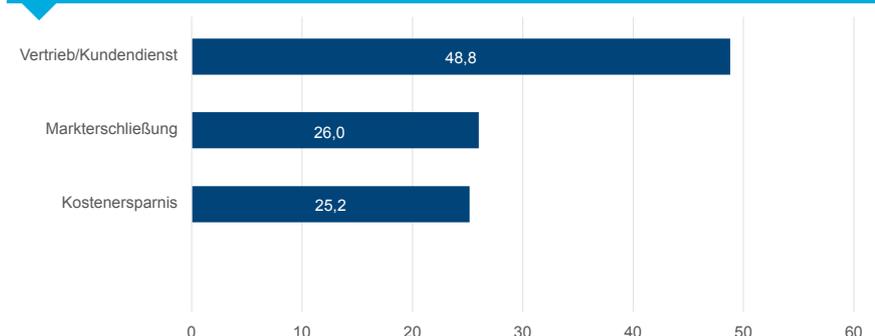
Erwartete Auslandsinvestitionen



die Zukunft: Jeder vierte Betrieb geht von geringeren Investitionen aus, was im Vorjahresvergleich einem Anstieg von neun Prozent entspricht. Ebenfalls ein Viertel der Branche prognostiziert höhere Investitionen.

Die Motive für Auslandsinvestitionen haben sich im Vergleich zum Vorjahr teilweise verändert. Wie zum Jahresbeginn 2024 plant je-

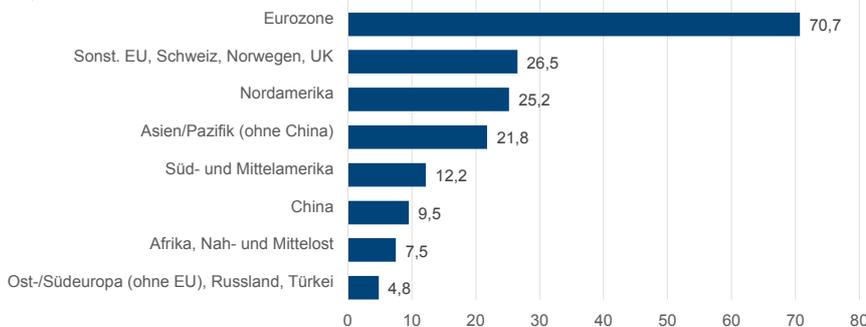
Schwerpunkt für Auslandsinvestitionen



des vierte Unternehmen aus Kostengründen im Ausland zu investieren. Für 49 Prozent der Betriebe bedeuten Auslandsinvestitionen

neue Vertriebswege oder Kundenservices. Elf Prozent mehr als im Vorjahr wollen zwecks Markterschließung investieren.

Zielregion für Auslandsinvestitionen



Die Eurozone bleibt gesamtwirtschaftlich der attraktivste Standort für Auslandsinvestitionen. Gut 71 Prozent der Unternehmen planen finanzielle Mittel für die Eurozone. Mehr als ein Viertel will in der Schweiz, Norwegen und Großbritannien investieren. Während die Attraktivität des chinesischen Marktes im Vorjahresvergleich um sechs Prozentpunkte abgenommen hat, gewinnt Süd- und Mittelamerika an Bedeutung für potenzielle Auslandsinvestitionen. Für den Handel ist die Eurozone eindeutig die attraktivste Zielregion: Über 90 Prozent der Betriebe wollen investieren.

Das fordern die Unternehmen aus dem Ruhrgebiet:



Stabilität statt Streit

Wirtschaftliches Wachstum benötigt stabile politische Rahmenbedingungen. In den vergangenen Monaten hat die Bundespolitik genau das Gegenteil bewirkt: Die Unternehmen und Betriebe sind verunsichert. Öffentlicher Streit, politische Machtspiele sowie die vorgezogenen Bundestagswahlen bremsen die wirtschaftliche Entwicklung im Ruhrgebiet. Für einen erfolgreichen Turnaround braucht es: Planbarkeit, Stabilität, Verlässlichkeit – und eine Regierung, die sich aufs Wesentliche konzentriert: das Regieren!

Bürokratie abbauen – Genehmigungen beschleunigen

Das größte Hemmnis für die Wirtschaft im Ruhrgebiet sind langwierige Verfahren und fehlende Planungssicherheit. Dies betrifft fast alle Prozesse, bei denen Unternehmen auf öffentliche Stellen angewiesen sind: die Genehmigung von Anlagen oder Bau-

ungsplänen, Dokumentationspflichten oder Sicherheitsüberprüfungen, Zustimmungspflichten bei Exporten oder die Beantragung staatlicher Hilfe. Unternehmen haben kaum Möglichkeiten, Prozesse zu beschleunigen oder zu verschlanken. Der Vorschriftenchmelgen bremsen innovative Ideen oder neue Produkte, noch bevor sie marktreif sind.

Energiewende und Transformation beschleunigen

Die Energiewende ist für Wirtschaft und Kommunen gleichermaßen eine gewaltige Herausforderung. Besonders die energieintensiven Unternehmen leiden unter den hohen Standortkosten. Gleichzeitig sind sie oft nicht nur Energieverbraucher, sondern auch ein interessanter Partner für die kommunale Wärmeplanung. Energienetze und Wärmeversorgung müssen so schnell wie möglich ausgebaut werden. Die Unternehmen müssen dabei stärker eingebunden werden und

brauchen eine klare und verlässliche Perspektive. Sie sind Partner der Transformation und übernehmen Verantwortung.

Ruhrwirtschaft steht im Stau – Verkehrskollaps verhindern

Die Infrastruktur im Ruhrgebiet ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Viele Brücken und Straßen sind aus den 50er bis 60er Jahren und teilweise in einem sehr schlechten Zustand. Seit vielen Jahren wurden Investitionen in die Straßeninfrastruktur vernachlässigt, was zu erheblichen Belastungen im Berufsverkehr führt. Hinzu kommen zahlreiche Ausfälle, Personalmangel und Verspätungen auf den Schienen. Um den Standort Ruhrgebiet langfristig attraktiv und konkurrenzfähig zu halten, braucht es eine enge Zusammenarbeit aller Akteure: Die Städte, die Straßenbaulastträger und die Wirtschaft müssen Hand in Hand arbeiten, um die Sanierung und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur zu beschleunigen.

Impressum

114. Konjunkturbericht der Industrie- und Handelskammern im Ruhrgebiet (IHKs zu Dortmund, zu Duisburg, zu Essen, Mittleres Ruhrgebiet, Nord Westfalen)

Redaktion: Robert Schweizog, Steffen Elsebrock

Herausgeber: Industrie- und Handelskammer für Essen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen zu Essen (Federführung 2025)

Industrie- und Handelskammer für Essen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen zu Essen
Am Waldthausenpark 2
45127 Essen

<https://www.ihk.de/meo/>